

NACHRICHTEN

Klarer Sieg des Reformlagers



TEHERAN: Die Reformer aus dem Lager von Präsident Mohammed Chatami (Bild) haben bei den Parlamentswahlen am Freitag in der islamischen Republik Iran klar über die Konservativen gesiegt. Wie die amtliche iranische Nachrichtenagentur IRNA am Sonntag meldete, kamen die Anhänger der Liberalisierung nach dem vorläufigen Ergebnis auf 67 Prozent der Stimmen. Das Reformlager selbst sprach von über 70 Prozent Stimmenanteil. Von den 170 im ersten Wahlgang vergebenen Mandaten im Einkammer-Parlament, der Madschlis, gingen nach den am Sonntag vorliegenden Ergebnissen bis zu 130 an das Reformbündnis Moscharekat (Front der Beteiligung). 34 gehen an konservative Bewerber und sieben an Unabhängige. Die Wahlbeteiligung lag laut dem Innenministerium über 80 Prozent. Die letzten Auszählungsergebnisse sollten am Montag vorliegen. Insgesamt bewarben sich 5824 Kandidaten, unter ihnen 424 Frauen, um die 290 Sitze. Die Stichwahlen sollen in etwa zwei Monaten abgehalten werden.

Die Reformen sind ein Zeichen für die Liberalisierung nach dem vorläufigen Ergebnis auf 67 Prozent der Stimmen. Das Reformlager selbst sprach von über 70 Prozent Stimmenanteil. Von den 170 im ersten Wahlgang vergebenen Mandaten im Einkammer-Parlament, der Madschlis, gingen nach den am Sonntag vorliegenden Ergebnissen bis zu 130 an das Reformbündnis Moscharekat (Front der Beteiligung). 34 gehen an konservative Bewerber und sieben an Unabhängige. Die Wahlbeteiligung lag laut dem Innenministerium über 80 Prozent. Die letzten Auszählungsergebnisse sollten am Montag vorliegen. Insgesamt bewarben sich 5824 Kandidaten, unter ihnen 424 Frauen, um die 290 Sitze. Die Stichwahlen sollen in etwa zwei Monaten abgehalten werden.

Labour-Partei gerät in schwere Krise

LONDON: Die regierende britische Labour-Partei ist am Sonntag mit der umstrittenen Kür ihres Kandidaten für das Amt des Londoner Bürgermeisters in eine schwere interne Krise geraten. Der von Premierminister Tony Blair unterstützte Frank Dobson schlug mit 51,53 Prozent der Stimmen seinen innerparteilichen Konkurrenten Ken Livingstone (48,47) aus dem Kandidaten-Rennen, obwohl er bei der Parteibasis deutlich mehr Stimmen bekam und Umfragen zufolge auch der chancenreichste Labour-Kandidat bei den Bürgermeisterwahlen wäre. Die Chancen des ehemaligen Gesundheitsministers Dobson (59), den konservativen Bewerber Steven Norris bei der Wahl am 4. Mai schlagen zu können, gelten als höchst fraglich. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Resultats sprach Livingstone (54) von «gestohlenen Stimmen» und forderte Dobson auf, «im Interesse der Einheit der Labour-Partei das befleckte Ergebnis zu überdenken und von der Kandidatur zurück zu treten».

Ex-Bürgermeister von St. Petersburg tot



MOSKAU: Der frühere Bürgermeister von Sankt Petersburg, Anatoli Sobtschak, ist einem Herzinfarkt erlegen. Der 62-Jährige starb am späten Samstagabend in dem Ostsee-Badeort Sweltlogorsk in der russischen Enklave Kaliningrad, wie die Nachrichtenagentur ITAR-TASS

meldete. Der demokratische Reformler war von 1991 bis 1996 Bürgermeister von Sankt Petersburg. Sobtschak litt bereits seit langem unter Herzproblemen. Ende vergangenen Jahres war gegen ihn ein Korruptionsverfahren eingestellt worden, in dem ihm von der russischen Justiz Bestechung und Amtsmissbrauch vorgeworfen worden war. Bei einer ersten richterlichen Vernehmung wegen der Vorwürfe im Oktober 1997 hatte das ehemalige Mitglied der KPdSU einen Herzinfarkt erlitten.

Demonstration auch in Brüssel

BRÜSSEL: Mehrere 1000 Menschen haben am Sonntagnachmittag in der Brüsseler Innenstadt gegen die neue rechtskonservative Regierung in Österreich demonstriert. Unter den Teilnehmern waren mehrere Minister der belgischen Bundes- und Regionalregierungen, berichtete die Nachrichtenagentur Belga. Zu der Demonstration hatten die demokratischen Parteien Belgiens, Gewerkschaften, jüdische Organisationen und andere Vereinigungen aufgerufen. Der «Nationale Marsch gegen die äusserste Rechte» startete vor dem Brüsseler Justizpalast.

150 000 Demonstranten

Proteste gegen österreichische Regierung erreichen Höhepunkt

WIEN: Mehr als 150 000 Menschen haben am Samstag in Wien gegen die neue rechtskonservative österreichische Regierung demonstriert. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ORF sprach von der «grössten Demonstration gegen eine Regierung seit dem Krieg».

«Die Protestwelle hat eindeutig ihren Höhepunkt erlebt. Mehr lässt sich nicht auf die Beine stellen», schrieb das Massenblatt «Kurier» am Sonntag.

Die Polizei sprach von rund 150 000 Demonstranten. Nach Angaben der Veranstalter – einer breiten Allianz aus Sozialdemokraten, Grünen, Gewerkschaften, Jugend- und Frauenverbänden sowie Menschenrechtsgruppen und Künstlern – waren trotz nasskaltem Wetter aber bis zu 300 000 Menschen versammelt.

Die Protestkundgebung gegen die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ verlief weitgehend friedlich. Laut Polizei gab es nach kleineren Krawallen nur vier Festnahmen.

In Reden und auf Transparenten



Mehr als 150 000 Menschen haben am Samstag in Wien gegen die neue rechtskonservative österreichische Regierung demonstriert. (Bild: Keystone)

wurde das «schwarz-blaue Regime» von Volkspartei (ÖVP) und den Freiheitlichen (FPÖ) für einen «Rechtsruck» verantwortlich gemacht. Der amtierende Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wurde zum Rücktritt aufgefordert. Zahlreiche Redner prangerten die «Menschen verachtende Sprache» Jörg Haiders an.

An der Grossdemonstration nahmen auch Prominente aus dem Aus-

land wie der französische Schauspieler Michel Piccoli und der Schriftsteller Bernard-Henri Lévy teil.

In einer Diskussion im Anschluss an die Kundgebung im Burgtheater wurde ein spontanes «Burgtheatergelöbnis» zur Unterstützung der Regierungsgegner in Österreich angeregt, dem sich auch der Schweizer Regisseur Luc Bondy anschloss. Bondy, Schauspielchef und künfti-

ger Alleinintendant der Wiener Festwochen, berichtete, er sei bereits in einem Brief der FPÖ ermahnt worden, seine Aufgabe sei «nicht Politik, sondern gute Kunst zu machen».

Nach Ansicht Bondys sind Haider und die FPÖ «lückischer» als etwa die französischen Rechtsextremisten. Sie verwandelten sich ständig «chamäleonartig» und seien daher schwer zu fassen.

Als Vertreter der österreichischen Kulturschaffenden beteiligten sich unter anderem Klaus Maria Brandauer, H.C. Artmann, Marlene Streeruwitz und Erika Pluhar an den Protesten. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) reagierte am Sonntag unbeeindruckt: «Die Entscheidungen in der Demokratie fallen nicht bei Demonstrationen, sondern bei Wahlen und im Parlament.» Die FPÖ bezeichnete die Demonstration als Aufmarsch der Kommunistischen Internationale. «Linke sozialistische Kreise, die dieses Land abgewirtschaftet haben», setzten jetzt «die Gewalt der Strasse» ein und missbrauchten junge Menschen, sagte Haider. Die SPÖ und die «sozialistischen Gewerkschaften» hätten Demonstranten sogar bezahlt.

Gefechte und Massaker

BOGOTA: Kolumbien ist am Wochenende von einer Welle der Gewalt und Entführungen heimgesucht worden. Mindestens 30 Menschen wurden getötet und ebenso viele verschleppt. Im Norden starben bei Gefechten sieben Rebellen der linksgerichteten Streitkräfte zur nationalen Befreiung (ELN) und zwei Soldaten. Die Rebellen hätten zuvor eine Erdölleitung gesprengt, teilte das Militär am Samstag (Ortszeit) mit. Am grausamsten gingen etwa 200 schwerbewaffnete Paramilitärs in der Nähe des Ortes Ovejas in der nördlichen Karibikregion Sucre vor, berichtete der Fernsehsender Caracol. Die Todeschwadronen seien am Freitag in ein Dorf eingedrungen und hätten mindestens 20 Bauern umgebracht, denen sie Zusammenarbeit mit linken Rebellen vorwarfen. Hilfsorganisationen befürchteten bis zu 30 Tote mehr.

Kontroverse spitzt sich zu

CDU und CSU streiten wegen Parteivorsitz

BERLIN: Der Streit zwischen CDU und CSU um die Besetzung des Parteivorsitzes der Christdemokraten gewinnt an Schärfe. Während Generalsekretärin Angela Merkel in ihrer eigenen Partei weitere Unterstützung erfuhr, erneuerten Spitzenpolitiker der CSU am Samstag ihre Vorbehalte gegen die Ostdeutsche. Mehrere ihrer norddeutschen Parteifreunde verboten sich daraufhin jede Einmischung. Man werde es nicht zulassen, dass aus der CSU Kandidaten der CDU beschädigt würden, betonte der niedersächsische Landeschef Christian Wulff. Der nordrhein-westfälische CDU-Chef Jürgen Rüttgers warnte vor einem neuem Machtkampf in der CDU. Merkel war am Freitagabend auf der ersten CDU-Regionalkonferenz in Wolfenbüttel mit grossem Beifall gefeiert worden. Mit gros-

sem Applaus bedacht wurden auch Forderungen der Basis, sie zur Parteivorsitzenden zu wählen. Rücken- deckung erhielt sie am Wochenende von weiteren Vertretern des linken und liberalen Parteiflügels. Zuvor hatten sich bereits Rita Süsmuth, Ulf Fink und Heiner Geissler für Merkel als Parteichefin ausgesprochen. CSU-Generalsekretär Thomas Goppel wertete gerade diesen Unterstützerkreis als bedenklich. Die CDU-Spitze müsse auch in Zukunft die Partei in ihrer ganzen Bandbreite vertreten, warnte er im Inforadio Berlin. Am Freitagabend hatte bereits Parteichef Edmund Stoiber vor einem Richtungswechsel der CDU gewarnt. Stoiber rief die Schwesterpartei auf, sicher zu stellen, dass die «Union das grosse Sammelbecken von der Mitte bis hin zur demokratischen Rechten bleibt».

Grosny bleibt gesperrt

MOSKAU: Die russische Führung hat die Sperrung der vom Krieg zerstörten tschetschenischen Hauptstadt Grosny für die Zivilbevölkerung verlängert. Bis zum 1. April würden weder Personen noch Fahrzeuge in die Stadt gelassen, meldete die Nachrichtenagentur Interfax am Sonntag unter Berufung auf den für Tschetschenien zuständigen Vizeregierungschef. Nikolai Koschman. Ursprünglich sollte Grosny bis zum 1. März gesperrt bleiben. Als Grund für die Verlängerung gab Koschmans Presse- dienst die umfangreichen Arbeiten zur Entschärfung von Minen im ganzen Stadtgebiet an sowie die Gefahr von Epidemien mit Beginn der wärmeren Jahreszeit. In Grosny würden zudem noch bis zu 300 Rebellen vermutet. Koschman ernannte unterdessen weitere pro-russische Bürgermeister für weitere eingenommene Städte.

Bush erringt deutlichen Sieg

Vorwahlen in South Carolina

COLUMBIA: Bei den republikanischen Vorwahlen um die US-Präsidentschaftskandidatur im Bundesstaat South Carolina hat der texanische Gouverneur George W. Bush am Samstag einen deutlichen Sieg davon getragen.

George W. Bush bleibt der republikanische Favorit fürs Weisse Haus. Bei den Vorwahlen in South Carolina setzte er sich gegen seinen innerparteilichen Herausforderer John McCain überraschend deutlich durch.

Nach Auszählung von 97 Prozent der Stimmen kam Bush auf 53 Prozent. Für McCain stimmten 42 Prozent. Als dritter Kandidat war der schwarze Talkshow-Moderator Alan Keyes angetreten. Er kam lediglich auf fünf Prozent.

Bush zeigte sich nach seinem Sieg erleichtert. «Wir haben nicht nur einfach gewonnen, sondern auch noch in überzeugender Art und Weise», sagte Bush. Der Sohn des ehemaligen Präsidenten George Bush brauchte einen Sieg in South Carolina, um seine Niederlage in

New Hampshire vor zweieinhalb Wochen wieder wett zu machen. Bush sagte, er und sein Wahlkampfteam seien mit neuer Energie aus den Wahlen in South Carolina hervorgegangen. Besonders junge Wähler hätten in grosser Zahl mo-

bilisiert werden können. Durch einen Sieg in South Carolina gewinnt Bush 37 Delegierte, die bei der Nominierung des Präsidentschaftskandidaten auf dem Parteitag der Republikaner im August für ihn stimmen.



George W. Bush bleibt der republikanische Favorit fürs Weisse Haus. Das Bild zeigt ihn zusammen mit seiner Gattin Laura. (Bild: Keystone)

Bisher grösste Razzia im Kosovo

BELGRAD: Bei der bisher grössten Razzia der UNO-Friedenstruppe KFOR im Kosovo haben Soldaten am Sonntag im serbischen Sektor von Kosovska Mitrovica weiter nach Waffen gesucht. An der am Freitag begonnenen Razzia in der zwischen Serben und Albanern geteilten Stadt nahmen nach KFOR-Angaben etwa 2500 Soldaten teil, vor allem Franzosen, Amerikaner, Briten und Deutsche. Wie ein KFOR-Sprecher mitteilte, wurden zwei US-Soldaten am Sonntag durch Steinwürfe von Serben leicht verletzt. In Mitrovica hatte es bei Zusammenstössen seit Anfang Februar zahlreiche Tote gegeben.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 18. Februar 2000

Kategorie A (thesaurierend)	
Ausgabepreis:	€ 68.40
Rücknahmepreis:	€ 66.96
Kategorie B (ausschüttend)	
Ausgabepreis:	€ 67.70
Rücknahmepreis:	€ 66.34